

1. Diese Frage sollten Sie Verwaltung und Stadt stellen, denn in unseren Augen greifen die von Ihnen genannten Beschlüsse in der Realität nur wenig. Wir Koblenzer*innen sollten Umweltschutz aber nicht nur fordern, sondern mit hohem Druck an dessen Umsetzung gehen. Wir sehen die bisherigen Konzepte als Gewissens-Placebo für den Stadtrat und die Verwaltung. Hier müssen handfeste und starke Maßnahmen vorangetrieben und vor allen Dingen umgesetzt werden.

2. Als Kernforderung in diesem Bereich wollen wir eine Stelle für eine Beauftragung oder einen Beauftragten für umwelt- und sozio-ökologische Fragen schaffen. Hiermit würden wir eine Schnittstelle gestalten, die Expertise und Sachverstand in die verschiedenen Gremien einbringen kann. Angefangen von Beratungen für Schulen, die beispielsweise neue Bälle kaufen wollen, bis hin zur Kontrolle der Verwaltung hinsichtlich der Klimaschutzkonzepte. Ohne eine gesunde Umwelt ist die Zukunft unserer Kinder gefährdet, alleine dies sollte Grund genug sein, eine Stelle mit umfangreichen Kompetenzen für diese Thematik in Koblenz zu schaffen. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit NGOs, die im umwelt- und sozialpolitischen Bereich tätig sind, könnte so vorangetrieben werden. Wir werden außerdem prüfen, inwieweit die Verwaltung den bisherigen Beschlüssen nachgekommen ist.

3. Als erster Punkt bedarf es der Evaluation der bereits gefassten Beschlüsse. Daraus können wir weitere Punkte die notwendig sind erkennen. Außerdem wollen wir die Vorgaben für die Verwaltung auch auf Gesellschaften, an denen die Stadt Koblenz Anteile hat, ausweiten. Als LINKE ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Solidarität nicht an einer Landesgrenze aufhört. Fair-Trade ist zwar kein Ersatz für gerechte Welthandelsstrukturen, aber ein wichtiges Element zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und Landwirtschaft in den Ländern vorrangig des Südens und ein wichtiger Schritt, der auch auf kommunaler Ebene Unterstützung finden muss. Es wird Zeit, sich als innovative und weltoffene Kommune zu präsentieren, die noch mehr soziale Verantwortung übernimmt und die sich besser vernetzt – auch mit Produktionsstätten in den Ländern (vorrangig) des Südens.

4. Der Stadtrat in Koblenz muss gezielt den fairen Handel auf kommunaler Ebene stützen, indem er mit den Menschen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammenarbeitet, die sich für fairen Handel einsetzen. Wir fordern, dass in allen öffentlichen Einrichtungen fair gehandelte Produkte verzehrt werden und im Einzelhandel verstärkt fair gehandelte Produkte angeboten werden.

5. Wir finden es nicht haltbar, dass die Bemühungen um die Bewerbung Koblenz' als „Fair-Trade-Town“ eingestellt wurden. Es gibt bereits – wie Sie selbst festhalten – mehrere hundert Fair-Trade-Städte in Deutschland, u.a. Andernach, Mayen und seit Februar 2018 Neuwied, seit Kurzem auch Lahnstein. Warum soll dies nicht auch in Koblenz möglich sein? Einen solchen Antrag werden wir in den Stadtrat selbst einbringen.

6. Das Konzept des „Weltladens“ ist in unsere Augen absolut unterstützungswürdig und wir danken den Mitarbeiter*innen für ihre Arbeit, die es ermöglicht hat, dass es in Koblenz seit fast vierzig Jahren einen „Weltladen“ gibt. Über eine finanzielle Unterstützung von Seiten der Stadt hinausgehend ist eine enge Zusammenarbeit zwischen „Weltladen“ und Stadtrat wünschenswert, damit die jeweils aktuellen Bedürfnisse ermittelt werden können und darauf eingegangen werden kann. Die Folgen des Klimawandels aufgrund von zu hohem CO₂ Ausstoß, Verunreinigungen und weiteren menschengemachten Naturschäden sind für alle spürbar. Wenn man Anreize schafft, damit Menschen – vor allem innerstädtisch – wieder verstärkt auf das Fahrrad setzen, führt das zu einer Reduzierung des individuellen PKW-Verkehrs und somit auch zu einer erheblichen Reduktion der Stickoxid-Werte. Koblenz ist aber eine der fahrradfeindlichsten Städte in Rheinland-Pfalz. Es gibt zu wenige Radwege und die bestehenden sind oft eine Gefahr für Radfahrer*innen oder Fußgänger. Die Radinfrastruktur in unserer Stadt hat einen alles andere als guten Ruf, kein Wunder also, dass so wenige Bürger*innentäglich auf das Fahrrad vertrauen.

7. Zunächst bedarf es eines Sofortprogramms für die Modernisierung und Instandhaltung der bereits bestehenden Fahrradverkehrswege. Die Verwaltung sollte bei den Planungen der Straßen und Brücken der Stadt Fahrradfahrer*innen berücksichtigen und zwar bevorzugt vor dem PKW. Vielmehr als bisher muss bei solchen Planungen der Blick in Richtung Zukunft gehen und darf nicht in der Gegenwart verharren. Die Pfaffendorfer Brücke hat uns gezeigt, dass die Stadtverwaltung aus eigenem Antrieb den Blick in die Zukunft verschläft und eine Brücke mit alten Zahlen plant und die zukünftigen kaum berücksichtigt. So schaffen wir nur eine Grundlage für teure Umbauten und Neubau-Maßnahmen. Neben dem Ausbau von Fahrradwegen müssen sichere Parkmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden.

In vielen anderen Städten existieren erfolgreich laufende Fahrradverleihsysteme. Als nur ein Beispiel sei Ludwigshafen genannt, wo man in der Nähe vieler öffentlicher Nahverkehrshaltestellen Stationen findet, an denen man sich unkompliziert ein „VRNnextbike“ mieten kann.

Koblenz ist hier nicht innovativ. Es muss ein grundsätzliches Umdenken stattfinden, damit Bürger*innen nicht auf ihren Privatwagen setzen, um an ihr jeweiliges Ziel zu kommen.

8. In öffentlichen Einrichtungen sollte es selbstverständlich sein, dass nachhaltig produzierte und fair gehandelte Produkte angeboten werden. Wir wünschen uns darüber hinaus, dass Bio-Produkte verwendet werden, mit deren Kauf bzw. Verkauf man nicht nur verhindert, dass Tiere in Massenhaltung leben müssen, sondern auch dem Insekten- und Bienensterben entgegenwirkt, da Biobetriebe nachhaltiger und umweltfreundlicher bewirtschaften (siehe auch Punkt 3).

9. Jedes Gebäude in öffentlicher Hand sollte eine Photovoltaik-Anlage auf seinem Dach haben, sofern sich die Ausrichtung desselben dafür eignet. Eine steigende Anzahl solcher Anlagen wünschen wir uns natürlich auch im gewerblichen und privaten Bereich. Idealerweise gibt es dann auch Ladestationen für Mitarbeiter*innen (und andere Bürger*innen) für E-Räder, E-Autos und E-Roller.

10. Diese Frage ist bereits bei Punkt 2 geklärt worden, denn eine solche Koordinierungsstelle („eine Beauftragte oder einen Beauftragten für umwelt- und sozio-ökologische Fragen“) sehen wir ebenfalls als gute Möglichkeit für Beratung und Austausch entwicklungs- und politikpolitische Themen betreffend.